

Herfried Münkler

KRISE UND GESELLSCHAFT. UND WO BLEIBT DER
MITTELSTAND?

Sehr geehrter Präsident Steinbrück,
sehr geehrter Staatssekretär Dr. Scheuer,
meine Damen und Herren,

Seit dem Ende des so genannten Wirtschaftswunders Mitte der 1960er Jahre, spätestens aber seit dem Ölpreisschock von 1973, verbindet sich die Vorstellung von der wirtschaftlichen Krise mit der einer Krise der Gesellschaft, und diese wiederum wird häufig als eine Bedrohung der Mittelschichten bzw. des Mittelstandes wahrgenommen. Insofern ist das Thema, über das zu sprechen ich gebeten worden bin: „Krise und Gesellschaft. Und wo bleibt der Mittelstand?“ nicht gänzlich neu, und die Vorstellung von der Krise als einer Bedrohung der gesellschaftlichen Ordnung ist keineswegs erst mit der jüngsten Finanzkrise aufgetaucht. Viele historische Studien, die sich mit der Zwischenkriegszeit von 1918–1939 beschäftigen, stehen unter der Frage nach der gefährdeten Mitte und erklären die politische Instabilität dieser Epoche aus der Erosion des Mittelstandes heraus. Wissenschaft wie Feuilleton haben die jüngste

Finanz- und Wirtschaftskrise, die vermutlich noch keineswegs überwunden ist, also noch nicht wirklich „hinter uns“ liegt, mit der Weltwirtschaftskrise des Jahres 1929 verglichen, gelegentlich sogar parallelisiert. Auf diese Weise haben sie eine Vorstellung vom möglichen Verlauf der Krise gewonnen, um auf dieser Grundlage dann Strategien des Gegenhandelns entwerfen zu können. Die Weltwirtschaftskrise von 1929 hat, wie es der Soziologe Theodor Geiger damals formulierte, zu einer „Panik im Mittelstand“ geführt, die 2009 jedenfalls in vergleichbarer Weise nicht festgestellt werden konnte. Im Gegenteil: Eher hat die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit und mit Sicherheit auch der Mittelstand mit einer erstaunlichen Gelassenheit auf die sich kataklysmisch aufbauende Krise reagiert. Insofern mögen sich einige Krisenverläufe von 1929 und 2008/2009 ähneln, doch die Reaktion auf die Krise war und ist eine grundlegend andere. Das begann bei dem krisenpräventiven wie krisenreaktiven Agieren der Regierung und reichte bis in die mittelständischen Unternehmen hinein, die durch die Nutzung von Regelungen zur Kurzarbeit verhindert haben, dass es zu Massenentlassungen kam, infolgedessen die Massenkaufkraft einbrach, und das Ganze in einer sich selbst beschleunigenden Abwärtsspirale endete, die dann auch den Mittelstand in den Abgrund riss. Wir haben die Folgen einer solchen „Panik im Mittelstand“ in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts hinreichend erlebt. Von etwas ähnlichem kann angesichts der neuerlichen Weltwirtschaftskrise nicht die

Rede sein; deswegen lautet die Frage im zweiten Teil meines Vortragstitels auch vergleichsweise gelassen: „Und wo bleibt der Mittelstand?“ So fragt man nicht, wenn Panik herrscht. So fragen eher diejenigen, die das Gefühl haben, entscheidend zur Bewältigung der Krise beigetragen zu haben, und die jetzt nicht auch noch die Kosten dieser Bewältigung aufgebürdet, zumindest nicht allein aufgebürdet bekommen wollen.

Aber womöglich ist mit „Krise“ im ersten Teil des Vortragstitels „Krise und Gesellschaft“ gar nicht – oder doch nicht nur – die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise gemeint, jedenfalls nicht sie allein, sondern sehr viel allgemeiner ein Syndrom aus wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Krise, bei dem Prozesse, die vorderhand keineswegs als ökonomische Krisen bezeichnet werden können, wie etwa die Entstehung immer größerer Märkte, gesellschaftliche Folgen haben, die zu einer Bedrohung des Mittelstands führen, zumindest aber als eine solche Bedrohung wahrgenommen werden. Das war historisch einige Male der Fall, etwa als lokale Märkte massiv von regionalen Märkten überlagert wurden, dann erneut, als diese regionalen Märkte zu einem Bestandteil nationaler Märkte wurden, schließlich als diese nationalen Märkte in großräumliche Wirtschaftsverbände eingegliedert und zuletzt sogar Bestandteil eines globalen Marktes wurden. Jedes Mal hatte dies schwerwiegende Folgen für den Mittelstand, der sich auf den alten Märkten eingerichtet und auf ihnen ein sicheres Auskommen erwirtschaftet hatte. Die Veränderung der

Marktdimensionen stellte diese Sicherheit, auch wenn es nur eine „gefühlte Sicherheit“ war, in Frage, und im Gefolge dessen spaltete sich der zuvor leidlich geschlossene Mittelstand auf in diejenigen, die auf den alten Märkten verblieben und sich in die neuen nicht hineinbegaben, und jene, die zu Pionieren bei der Erkundung neuer Märkte wurden und um die herum sich dann ein neuer Mittelstand formierte, der nur noch mit einem Bein in den alten Märkten stand, mit dem anderen Bein dagegen in den neuen. Während erstere sich fortan in einer prekären Lage befanden, traten letztere selbstbewusst und selbstsicher auf – bis es dann erneut zu einer Veränderung der Marktdimensionen kam und der beschriebene Prozess der Auflösung und Neukonstituierung des Mittelstands sich wiederholte.

Es ist eines der Kennzeichen des Mittelstandes, dass er wirtschaftliche Sicherheit und soziale Stabilität sucht. Mittelständler sind keine Spielertypen, weder Hasardeure noch Revolutionäre, die durch umstürzende technologische oder prozedurale Innovationen das Wirtschaftsleben tiefgreifend verändern. Das heißt nicht, dass sie innovationsfeindlich wären, aber sie gehen mit Innovationen vorsichtig um und führen sie nur schrittweise ein. Sie spüren, dass aus Schlagartigkeit und Plötzlichkeit, aus großer Beschleunigung zumal, Krisen erwachsen, die sie dann nicht mehr beherrschen können. Aber es ist das Schicksal des Mittelstandes seit Eintritt in die Moderne, dass er diese Innovationen und

Beschleunigungen nicht verhindern kann, sondern ihnen immer wieder ausgesetzt ist und sehen muss, wie er damit zurechtkommt.

Selbstverständlich gibt es bei der räumlichen Ausdehnung von Märkten nicht nur Verlierer im Mittelstand. Zunächst ist eine solche räumliche Ausweitung eine Frage der Transportmöglichkeiten, sodann der Transportkapazitäten, und so entstehen bei der Neudimensionierung wirtschaftlichen Handelns nicht nur Verluste an Sicherheit, sondern auch neue Chancen wirtschaftlicher Betätigung. – Aber das ist ein Thema, von dem Sie mit Sicherheit mehr verstehen als ich, und deswegen will ich zu meiner Ausgangsfrage „Krise und Gesellschaft“ zurückkehren.

Was ich Ihnen nachfolgend vortragen will, gliedert sich in drei Teile: Im ersten Teil soll es grundsätzlich um die Relevanz von Krisen für die Gesellschaft und deren spezifische Formen der Krisenverarbeitung gehen.

Im anschließenden zweiten Teil will ich mich mit der Rolle des Mittelstandes in Gesellschaften im Allgemeinen und in modernen Gesellschaften im Besonderen beschäftigen und dabei auch den bereits angesprochenen Zusammenhang von Krise, Krisenbearbeitung und der Rolle des Mittelstandes genauer ins Auge fassen. Im abschließenden dritten Teil will ich dann nach Möglichkeiten für eine kluge Politik fragen, deren Interventionen in sozio-ökonomische Entwicklungen die Dynamik freier Märkte nicht blockieren, aber auch dafür Sorge tragen, dass ein starker,

gesellschaftlich relevanter Mittelstand erhalten bleibt, weil ohne den die gesellschaftliche Kohäsion in ihrer Gänze Schaden leiden würde. Ich will also nach den Chancen fragen, Krisenbewältigung und Mittelstandspolitik miteinander zu verbinden.

1.

Der Begriff der Krise entstammt ursprünglich der Medizin, und dementsprechend ist sein Assoziationsfeld auch durch die Vorstellung von Erkrankung, Leiden, Heilung, Siechtum oder Tod geprägt. Die Krise ist hierbei der Zeitraum, innerhalb dessen zunächst uneindeutige Entwicklungen eindeutig werden: Entweder ist hier der Wendepunkt der Erkrankung, von dem an der Weg der Besserung beschriftet wird, oder aber es tritt der Exitus ein. Verglichen mit einem endlos langen Leiden, das einfach fort dauert und bei dem sich nichts ändert, ist die Krise also durchaus positiv besetzt: Sie ist die Wende, die Entscheidung in Alternative zu Stagnation. So haben dies schon die großen Ärzte der Antike, Hippokrates und Galen, gesehen, und deswegen haben sie Krankheitsverläufe geradezu auf Krisen hin beschrieben bzw. den Ärzten nahegelegt, Entwicklungen so zu beeinflussen, dass endlich die Krise eintritt. Das hat schließlich dazu geführt, dass die Krise als Anfang der Genesung begriffen wurde.

Teile der modernen Volkswirtschaftslehre sind dieser Vorstellung gefolgt; demgemäß halten sie wenig davon, die Energien und Ressourcen einer Gesellschaft in der Krisenprävention zu verbrauchen, da die Krise doch selber Bestandteil der volkswirtschaftlichen Gesundheit sei. Wer Krisen grundsätzlich abwehre, der blockiere auch die Revitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft und halte Gesellschaften über lange Zeit in einer Periode des Siechtums fest, das mit einer erheblich größeren Wahrscheinlichkeit zum Exitus führen, zumindest aber die Genesung verhindern, werde als das entschlossene Durchschreiten von Krisen. In jedem Fall sind die in jüngster Zeit so bezeichneten Neoliberalen bzw. die neoklassischen Ökonomen dieser Auffassung, und ihre Formel von den Selbstheilungskräften des Marktes bringt dies in aller Deutlichkeit zum Ausdruck.

Eine etwas andere Auffassung vertreten hingegen die Keynesianer, die zwar das krisenhafte Auf und Ab von Konjunkturen und Flauten, womöglich gar Depressionen nicht gänzlich verhindern zu können glauben, aber dämpfen und abschwächen wollen sie die Ausschläge der wirtschaftlichen Zyklen schon. Sie sehen in Krisen eher Krankheitssymptome als Prozessoren der Heilung und Genesung, und demgemäß wollen sie die symptomatologischen Auswirkungen der Krise auf den Gesellschaftskörper begrenzt wissen. Die von Keynes der staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik anempfohlenen

Steuerungsmechanismen sollen bewirken, dass die Ausschläge der Fieberkurve gedämpft werden, damit der Patient nicht gar zu sehr in Mitleidenschaft gezogen wird und infolgedessen seine Genesung, definiert als Rückkehr ins volkswirtschaftliche Gleichgewicht, früher und vor allem komplikationsfreier erfolgt.

Sie sehen, wie sich im Anschluss an den der Medizin entstammenden Krisenbegriff zwei unterschiedliche, wenn nicht gar gegensätzliche Strategien im Umgang mit Krisen entwickelt haben, und ein Blick in die einschlägige Literatur zeigt, mit welcher Verve die Kämpfe hier gegeneinander ausgetragen werden. Blicken wir nun auf die Politik, so können wir sagen, dass sie so etwas wie einen Mittelweg zwischen beiden Strategien zu gehen versucht: Marktradikale Lösungen, in denen Krisen ohne politisch dämpfende Einflüsse durchschritten werden sollen, sind, zumindest auf dem europäischen Kontinent, politisch nicht zu vermitteln und würden wohl recht schnell zum Sturz der Regierung führen, die sich offen zu ihnen bekennt. Die Regierung würde von den zahlreichen Interessengruppen und ihren Lobbyisten unter Druck gesetzt, von den Arbeitgeberverbänden kritisiert, von den Gesellschaften massiv bekämpft – kurzum, sie würde schon bald als geordneten Rückzug bezeichnen, was bei genauerer Betrachtung eine heillose Flucht vor ihren Erklärungen von der Selbstheilung des Marktes wäre. Aber auch eine konsequent keynesianische Politik der Globalsteuerung ist nicht durchzuhalten, freilich

nicht wegen des *deficit spending* in wirtschaftlichen Krisenperioden, sondern weil das Sparen und Abschöpfen in Perioden der Hochkonjunktur nicht oder nur unzureichend erfolgt und sich infolgedessen Staatsschulden aufhäufen, deren Zinslasten die Handlungsfähigkeit des Staates bei der nächsten, übernächsten und allen späteren Krisen stark einschränken. Hier gilt: Man wollte schon, aber man kann nicht mehr. Man muss den Krisen ihren Lauf lassen, weil die Mittel zu ihrer Dämpfung ausgegangen sind. So kommt der Mittelweg zustande, von dem ich gesprochen habe. Eigentlich gewollt hat ihn keiner so recht; er hat sich eben aus dem Spiel der Kräfte und Gegenkräfte ergeben.

In dieser Situation sind wir zur Zeit. Für die Abwehr einer weiteren Krise wie der von 2008/2009 haben wir nicht mehr die Mittel. Also bleibt uns nur die Hoffnung, dass die nächste Krise erst kommt, wenn nach einer Periode wirtschaftlicher Expansion wieder Abwehrkräfte aufgebaut worden sind. Und dass die nächste Krise nicht so stark sein wird wie die aktuelle Krise. Ob das so sein wird, wird sich zeigen. Ich habe ja bereits angedeutet, dass man von Keynes vor allem dann spricht, wenn es um Ausgaben des Staates geht, aber nicht so gerne, wenn es an das Zurückfahren der Programme und ein systematisches Sparen geht. Aber Krisen sich voll entfalten zu lassen, um ihre neoliberalen Heileffekte zur Geltung zu bringen, erlauben uns das politische System, unsere Mentalität und vor allem unsere kurz- und mittelfristigen Interessen nicht. Bekanntlich sind Spardebatten vor allem

dadurch gekennzeichnet, dass diejenigen, die Vorschläge machen, wo gespart werden kann, dabei vorzugsweise an andere und nicht an sich selbst denken.

Dennoch kann man, glaube ich, sagen, dass kein uns bekannter Krisentyp derart gesellschaftskompatibel ist wie die typischen Krisen marktvermittelter Gesellschaften, also kapitalistische Krisen, in denen der Produktionsumfang und der tatsächliche Konsum wieder in ein angemessenes Verhältnis gebracht und ins Kraut geschossene Gewinnerwartungen, so genannte Spekulationsblasen, korrigiert werden. Krisen sind ein ins Modell von Marktgesellschaften eingebauter Informations- und Korrekturmechanismus, der in periodischen Abständen Ungleichgewichte beseitigt. Die Durchführung der Korrekturen kann, so die Neoklassik, der Markt übernehmen – dann erfolgt sie heftig und ungebremst; sie kann aber auch vom Staat übernommen werden, durch den sie moderiert und für die Gesellschaft leichter verkraftbar gestaltet wird –, so die Keynesianer. Dabei kommt es jedoch darauf an, dass der Staat bei seiner Krisenmoderation nicht zuviel Zukunft verpfändet, um die Gegenwart erträglich zu gestalten, also nicht zu große Schuldenberge anhäuft bzw. diese, so er sie angehäuft hat, auch wieder zügig abbaut. Was passiert, wenn das nicht der Fall ist, sehen wir zur Zeit am Beispiel Griechenlands.

Die kapitalistischen Krisen der Moderne sind entgegen einer verbreiteten Vorstellung keineswegs das erstmalige Auftauchen von Krisen überhaupt, während es früher, als man noch für lokale Märkte produziert und diese versorgt hatte, weder Überakkumulations- noch Unterkonsumtionskrisen gegeben habe, sondern man sich auf der sicheren Grundlage eines stabilen Gleichgewichts bewegen konnte. Das ist eine durch und durch romantische Vorstellung von vormodernen Ökonomien, die in Deutschland bei einigen ideologischen Parteigängern mittelständischer Gruppierungen immer wieder aufgetaucht ist, die aber nicht stimmt. Auch die alteuropäischen Gesellschaften sind immer wieder von Krisen heimgesucht worden, in denen sich regelmäßig Teuerung und Hungersnot, Seuchen und Kriege miteinander verbunden haben. Der Wirtschaftshistoriker Wilhelm Abel hat das „Krisen vom Typ ancienne“ genannt. Sie erfassten die Gesellschaften, ohne dass die in der Lage gewesen wären, in irgendeiner Weise abwehrend oder steuernd auf sie Einfluss zu nehmen. Diese Krisen mussten hingenommen und ertragen werden, und man konnte bloß hoffen, dass sie möglichst bald zu Ende gingen. Da war es nur konsequent, wenn man solche Krisen als Strafe Gottes betrachtete und nach den eigenen Sünden suchte, durch die man sich den Zorn des Herrn zugezogen hatte. Indem man sein Verhalten änderte und Buße tat, konnte man wenigstens simulieren, etwas dafür zu tun, dass solche Krisen bald zu Ende gingen. Das Bild der apokalyptischen Reiter, wie es sich in der Offenbarung des

Johannes im Neuen Testament findet und das Ihnen vielleicht aus dem berühmten Holzschnitt Albrecht Dürers vertraut ist, gibt uns Heutigen eine Vorstellung davon, wie dieser Typus von Krise erfahren wurde. Wenn wir also von den Krisen moderner Gesellschaften sprechen, sollten wir nicht vergessen, dass es sich dabei um einen Krisentyp handelt, der in seinen Folgen relativ wenig destruktiv und eigentlich eher gut zu bearbeiten ist – selbst wenn man ihn nicht, wie die Neoklassik bzw. der Neoliberalismus, als eine Krankheit ansieht, die ihr eigenes Heilmittel ist.

Einen aus mittelständischer Perspektive weniger erfreulichen Effekt haben diese modernen Krisen freilich, und der soll hier nicht unerwähnt bleiben: Sie treiben den Konzentrationsprozess der Unternehmen voran, und sei es nur dadurch, dass die mittelständischen Unternehmen, die einer solchen Krise zum Opfer gefallen sind, nach deren Ende nicht durch entsprechende Neugründungen ersetzt werden, sondern verschwunden bleiben. Es überleben in Krisen keineswegs nur die Großen, aber es sind vor allem die Kleinen und Kleineren, die in den Krisen endgültig vernichtet werden. Das hat viele Gründe, die auszubreiten hier zu weit führen würde. Unter ihnen spielt sicherlich auch der Umstand eine Rolle, dass große Unternehmen in ganz anderer Weise im Focus der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen und dementsprechend sehr viel besser staatliche Hilfe und Unterstützung mobilisieren können als kleine Unternehmen. Ob ihnen das auf Dauer hilft, wird man jedoch bezweifeln dürfen. Von Holtzmann bis Quelle bzw.

Arcandor spricht vieles dagegen. Aber den für Marktgesellschaften problematischen Effekt des Konzentrationsprozesses darf man nicht übersehen. Eine Politik, die gut beraten ist, wird um ordnungspolitische Rahmenbedingungen bemüht sein, die diesen Konzentrationsprozessen Grenzen setzen und parallel dazu die Wiederkehr und Neugründung mittelständischer Unternehmen ermöglicht – nicht nur, um auf diese Weise die Flexibilität der Märkte zu sichern, sondern auch, um die innere Stabilität der Gesellschaften zu erhalten, für die, wie ich meine, ein starker Mittelstand von großer Bedeutung ist. Mittelstandspolitik ist dementsprechend nicht nur Wirtschaftspolitik, sondern vor allem auch Gesellschaftspolitik.

2.

Die Wirkung moderner kapitalistischer Krisen trifft die verschiedenen Gruppen und Schichten einer Gesellschaft in unterschiedlicher Form, die einen mehr, die anderen weniger. Das hat mit der Art der Märkte zu tun, auf denen man tätig ist, mit der jeweiligen Kapitalausstattung und den spezifischen Zugriffsmöglichkeiten auf dem Kapitalmarkt, schließlich mit der Fähigkeit, politische Unterstützung zu mobilisieren, und vielem anderen mehr. In der Regel fühlt sich der Mittelstand am stärksten bedroht, da er das größte persönliche Absturzrisiko mit der schwächsten politischen

Lobbystruktur verbindet. Die Manager der großen Unternehmen fallen irgendwie doch wieder auf die Füße und sind schon bald wieder zu Höchstgehältern in neuen Unternehmensstrukturen tätig – Herr Middelhoff lässt grüßen –, und die Arbeiter und Angestellten erhalten Unterstützungsmaßnahmen, Auffanggesellschaften werden gegründet, Umschulungsprogramme aufgelegt usw. Nur der Mittelständler, dessen Unternehmen zusammengebrochen ist, steht ziemlich allein da. Das ist der Grund, warum Krisen im Mittelstand besonders gefürchtet werden.

Bedrohtheitsgefühle und ausgeprägte Abstiegsängste gehören freilich seit jeher zum Mittelstand. Sie sind gewissermaßen sein ständiger Begleiter. Dabei sind sie vermutlich nicht einmal gänzlich funktionslos, sondern haben den Effekt, Sorglosigkeit und Unachtsamkeit in Grenzen zu halten. Sie sind gleichsam das sozialmoralische Äquivalent dessen, was bei großen Unternehmen der von den Börsen ausgehende Druck ist. Man kann sie aber auch als einen Urenkel dessen ansehen, was Max Weber in seinen religionssoziologischen Untersuchungen als den religiös begründeten Geist der Rechenhaftigkeit beschrieben hat. Im Unterschied zu seinem Berliner Kollegen Werner Sombart hat Weber die Ursprünge kapitalistischer Gesellschaften nicht auf Luxus, Krieg und andere Formen der Verschwendung zurückgeführt, sondern hat auf das genaue Gegenteil gesetzt: Askese und Rechenhaftigkeit sowie das tiefsitzende Bedürfnis, sich immer wieder aufs neue den Risiken des Marktes auszusetzen. So wurde

der zuvor wirksame Mechanismus der Rearistokratisierung und Refeudalisierung der großen Vermögen außer Kraft gesetzt. Letzteres verhiess Sorglosigkeit und ein gutes Leben, während das Agieren auf Märkten immer mit Sorgen und Ängsten verbunden ist. Man weiß nicht, ob das, was eben noch fester Boden ist, morgen noch Bestand hat. Also ist man in Unruhe und Sorge. Dazu hat, wie Weber meinte, die Sorge um einen gnädigen Gott angetrieben, und die war nicht durch Buße und Beichte, sondern nur durch berufliche Pflichterfüllung und geschäftlichen Erfolg zu bekommen. Dementsprechend entstanden die wirklich dynamischen Marktgesellschaften nicht im katholischen Süden, sondern im protestantischen Norden Europas.

Eigentlich wollen wir ja alle in Ruhe und sorgenfrei leben. Ob wir dazu freilich auf Dauer in der Lage sind, ist eine ganz andere Frage. Der Mittagsdämon der Langeweile stellt sich regelmäßig ein, wo Ruhe und Sorglosigkeit herrschen, und dann sucht so mancher die Abwechslung des Rafting oder den Nervenkitzel des Bunjee-Jumping. Das aber sind, wirtschaftlich betrachtet, unproduktive Formen der Abwechslung. Ökonomisch sind Abstiegsängste und Bedrohtheitsgefühle sehr viel sinnvoller, wenn sie gegen Langeweile schützen und gleichzeitig Kreativität sowie Findigkeit freisetzen. Sie wirken dann wie Antriebsaggregate des gesellschaftlichen Anpassungsprozesses an die sich permanent verändernden Umwelten, und wer diese Motoren abzustellen

versucht, verübt tatsächlich einen Anschlag auf die Überlebensfähigkeit einer Gesellschaft. Deswegen ist es bloß konsequent, wenn ich mir im Weiteren keine Gedanken über die Möglichkeiten zur Reduzierung dieser Ängste mache und auch die Perspektive ihrer Beseitigung, also die Vorstellung von einer Rückkehr ins Paradies, nicht weiter verfolge. Angst und Sorge sind psychische Ressourcen, ohne die moderne Gesellschaften auf Dauer keinen Bestand haben, und wenn beides vor allem im Mittelstand verbreitet ist, so ist dies ein starker Hinweis auf seinen Nutzen für die Gesellschaft als Ganzes.

Damit bin ich bei der zentralen Frage dieses Abschnitts: Warum sollen Gesellschaften eigentlich an Existenz und Fortbestand des Mittelstandes interessiert sein, und was kann und könnte sie veranlassen, in diesen Mittelstand zu investieren? Das ist – zugegeben – eine große Frage, und ein so kleiner Vortrag wie der meine ist kaum in der Lage, darauf eine erschöpfende Antwort zu geben. Aber ein paar Hinweise sind doch möglich. Der Verweis auf die hohe Beschäftigungsquote mittelständischer Unternehmen ist sicherlich der – volkswirtschaftlich gesehen – prominenteste. Daneben spielen aber auch Faktoren eine Rolle, die seltener erwähnt werden: von der Aufstiegsschleuse, die Mittelschichten in ihrer Gesamtheit darstellen, bis zu dem relativ hohen Maß an lokaler und regionaler Gebundenheit bzw. der Bindung an die Region, die für mittelständische Unternehmen charakteristisch ist. Wenn man vom Kapital

sagt, es sei ein flüchtiges Reh, das schon beim geringsten Geräusch verschwunden ist, so gilt das für mittelständische Unternehmen gerade nicht. Sie vagabundieren in der Regel nicht mit den hier und dort ausgezahlten Fördergeldern durch die Welt, sondern halten an den Regionen fest, in denen sie verankert sind. Sie sind ein Element der Kontinuität in sich schnell und immer schneller verändernden Welten. Sie sind dadurch gerade kein Blockierer der Veränderung, sondern im Gegenteil deren Ermöglicher.

Von dem Politikwissenschaftler Karl Deutsch stammt die Formel, ein Auto könne um so schneller fahren, je bessere Bremsen es habe. Das ist für Busunternehmer eine Selbstverständlichkeit, nehme ich an, und eigentlich kommt kein vernünftiger Autofahrer auf die Idee, er solle die Bremsen ausbauen, damit er schneller fahren könne. Aber in der Gesellschaftstheorie und der praktischen Politik ist diese Einsicht so selbstverständlich nicht. Hier gibt es einige, die notorisch an den Bremsen herumbasteln, um schneller zu werden. Heißt: Das Kompensationserfordernis wird nicht beachtet, und es gibt eine fatale Neigung zur Maximierung des Gewünschten ohne Blick auf die erfordernten Komplementärfunktionen. Die Meinungskonjunkturen sind ein schönes Beispiel dafür: Als vor zwei bis drei Jahrzehnten der Trend zur Vermarktlichung bisheriger Staatsfunktionen aufkam, hat man darüber nachgedacht, was man alles privatisieren könne, wenn sich nur kapitalkräftige Interessenten dafür

fänden. So sind nicht nur ganze Wohnsiedlungen, sondern auch die Kanalisationssysteme deutscher Großstädte in den Besitz amerikanischer Kapitalgesellschaften übergegangen, die sich damit zuverlässige Zinseinnahmen verschafft haben. Dafür stehen die Kommunen jetzt am haushaltspolitischen Abgrund. Hätte man die Formel von Karl Deutsch begriffen, hätte man darüber nachgedacht, wieviel Staat man braucht, um sich wieviel Markt leisten zu können, und wieviel Markt vonnöten ist, um soviel Staat zu finanzieren. – Aber wo bleibt dabei der Mittelstand?

3.

In der Regel wird die lokale bzw. regionale Bindung mittelständischer Unternehmen als Nachteil oder Flexibilitätsblockade angesehen. Mittelständler sind eben keine ökonomischen Wellenreiter; fehlt ihnen die Mentalität. Aber auf der Grundlage des Komplementaritäts- oder Kompensationstheorems, das hinter Karl Deuschs Formel vom Auto und den Bremsen als Geschwindigkeitsermöglichern steht, ist zu fragen, ob diese starke Bindung nicht auch eine Ressource sein kann, durch die regional gebundene Unternehmen zur Übernahme von Aufgaben qualifiziert sind, die man den flüchtigen Rehen vom Kapital nur ungern anvertrauen möchte. Es wird Sie vielleicht nicht überraschen, wenn ich damit unmittelbar zu einem Problem mittelständischer Busunternehmer

komme, nämlich der Frage, in welchem Maße und zu welchen Bedingungen man die Verkehrsinfrastruktur einer Stadt oder einer Region privatisieren sollte. Eine gut funktionierende, zuverlässige Verkehrsinfrastruktur ist eine wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche Potenz einer Region, gleichsam deren Rückgrat. Sollte so etwas nicht besser in den Händen der Gemeinschaft bleiben, die es dann im Sinne eines kollektiven Gutes mit gemeinwirtschaftlich ausgelegten Unternehmungen betreibt? Im Prinzip spricht vieles dafür – außer eben dem bekannten Umstand, dass gemeinwirtschaftliche Unternehmen regelmäßig Wirtschaftlichkeitsdefizite aufweisen. Aber private Anbieter hier hereinzulassen, die bloß an Renditen interessiert sind, ist ausgesprochen riskant, denn was soll werden, wenn sie sich schlagartig aus dem Geschäft zurückziehen, nachdem sie zunächst monopolförmige Strukturen in der Region aufgebaut haben. Vermutlich werden sie sich gar nicht zurückziehen, sondern nur mit Rückzins drohen, um Kommunen und Land unter Druck zu setzen und sie zu höheren Subventionen nötigen, was die Bürger dann in ihrer Doppelgestalt als Verbraucher und Steuerzahler zu begleichen haben. Was zunächst wie ein Wirtschaftlichkeitsgewinn aussah, entpuppt sich am Ende als dessen genaues Gegenteil.

Ich denke, dass hier einer der Schnittpunkte von Komplementaritätserfordernis und Mittelstandspolitik liegen. Der Mittelstand ist eben kein flüchtiges Reh, und deswegen sind seine

Druckpotentiale gegenüber der Politik begrenzt. Er kann somit die gewünschte Wirtschaftlichkeit mit der erforderlichen Zuverlässigkeit verbinden. Ich habe mir die von Ihrem Verband in Auftrag gegebene Untersuchung zu den Ergebnissen der Ausschreibungspraxis im Öffentlichen Personenverkehr in Hessen angesehen und bin zu dem Ergebnis gekommen, dass wir hier ein schönes Beispiel für Maximierungsstreben ohne Kompensationsabsicherung haben, also für ein Herausnehmen der Bremsen in der Absicht, schneller fahren zu können. Das endet bekanntlich in schwersten Unfällen, und genau damit ist bei der Entstehung der marktbeherrschenden Stellung eines Großanbieters in Südhessen zu rechnen. Es würde an ein Wunder grenzen, wenn dem nicht so wäre.

Lassen Sie mich es deutlich sagen: Hier haben einige Politiker und Beamte besonders schlau sein wollen und sind mit einer bestimmten Form der Ausschreibungs- und Vergabep Praxis dem neoliberalen Zeitgeist hinterhergejagt. Das nennen sie dann Modernisierung. Aber die politische Klugheit, die auf mehr zu achten hat als bloß das, was gerade en vogue ist, ist dabei auf der Strecke geblieben. Politiker und Beamte haben das Kompensationserfordernis vergessen. Nicht immer freilich, um auch das zu sagen, bedarf es des Staates als Kompensationsgewicht zum Markt, sondern gelegentlich können dies auch Marktteilnehmer selbst sein, wenn sie nur die Eigenschaften mitbringen, die als komplementär oder

kompensatorisch zur allgemeinen Entwicklungsdynamik angesehen werden können: das sind in diesem Falle Zuverlässigkeit und eine starke lokale bzw. regionale Bindung. Eben Eigenschaften, die ein Mittelständler für gewöhnlich hat. Mittelstandspolitik lässt sich darum, vorausgesetzt, sie wird klug und nicht borniert betrieben, also durchaus mit den Grundsätzen des Marktes verbinden, zumal dann, wenn diese nahelegen, nicht auf den qua Kapitalausstattung im Augenblick günstigsten Anbieter zu setzen, sondern Wirtschaftlichkeit, Zuverlässigkeit und Nachhaltigkeit miteinander zu verbinden, um in solchen zentralen Bereichen Krisenfestigkeit sicherzustellen. Womit ich zum Ausgangspunkt meiner Überlegungen zurückgekehrt bin.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.